

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Bezugspr.: Monatl. d. Post A 1.20 einschl. 18 3 Beförd.-Geb., 30 3 Zustellungsgeb.; d. Abg. A 1.40 einschl. 20 3 Zustellungsgeb.; Einzelz. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. höh. Gewalt d. Betriebsf. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtanschrift: Tannenblatt. / Fernruf 321. Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig, Text- millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabfluß Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort: Mittensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 133

Mittwoch, Donnerstag, den 11. Juni 1936

59. Jahrgang

Das Locarno der Zukunft

Botschafter Ribbentrop schreibt ein Vorwort

Es ist selten, daß ein privates politisches Buch bereits unmittelbar nach seinem Erscheinen das Interesse der weiten Öffentlichkeit findet. Dieses Echo wird aber verständlich, wenn es, wie dies bei der von Dr. Fritz Berber herausgegebenen Dokumentensammlung „Locarno“ (Verlag Junfermann und Dünhaupt in Berlin) der Fall ist, ein so hochaktuelles politisches Thema behandelt, wie es nun einmal Locarno ist; und wenn ferner Botschafter v. Ribbentrop ein Vorwort dazu schreibt, das keineswegs nur in die Vergangenheit zurückweist, sondern das mutig den Blick in die Zukunft gerichtet hält.

Man kann der Veröffentlichung des Berliner Verlages nichts Besseres nachsagen, als daß sie haargenau auf den Tag ein wirkliches politisches Bedürfnis bedient. Die Locarno-Verhandlungen, vor allem aber die letzte Phase des Locarno-Vertrages, die seine Ausdehnung durch das französisch-sowjetrusische Bündnis zeigen, sind zwar in letzter Zeit vielfach, auch von offiziellen Stellen, behandelt worden. Sie finden sich z. B. auch in dem letzten englischen Blaubuch immer wieder zitiert, das die Vorgänge bis zur großen Reichstagsrede des Führers in das offizielle Licht der englischen Politik zu rücken sucht. Aber was bisher fehlte, war eine gründliche und wissenschaftliche Darlegung der kritischen Sachverhalte, eine umfassende Beibringung des tatsächlichen Materials, ohne dessen Kenntnis nicht geteilt und ohne dessen Durchdringung auch nicht der deutsche Schritt in seiner ehesten Konsequenz beurteilt werden kann. Dies ist jetzt durch die Dokumentensammlung Dr. Berbers gegeben. Sie enthält auch einen bedeutsamen Teil des bisher nicht veröffentlichten Materials, der noch bei den kommenden Erweiterungen eine Rolle spielen dürfte.

Wenn dabei der Beginn mit dem Januar 1919 und mit den Versailler Äußerungen über das Rheinland gemacht wird, so liegt dieser historischen Rückschau eine sachliche deutsche Erkenntnis zu Grunde. Auch die gegenwärtigen Verhandlungen über ein neues Locarno haben es immer wieder mit alten Argumenten zu tun, die in den Anglistenjahren 1918 und 1919 hin- und hergewendet worden sind. Die Krankheits Symptome der Gegenwart wurzeln in der Vergangenheit, und eine wirkliche Heilung kann nur aus einer Überwindung der damaligen Irrtümer hervorgehen.

Daß bei einem so wichtigen Gegenstand dem Vorwort des Botschafters v. Ribbentrop eine besondere politische Bedeutung zukommt, liegt auf der Hand. Man charakterisiert es wohl am besten, wenn man es als ein Vorwort guten Willens und eines ehrlichen Optimismus bezeichnet. Wenn es darin heißt, daß jetzt „die Voraussetzung für einen Geist und eine Atmosphäre der Verständigung geschaffen worden ist und Deutschland den ersten Wunsch hat, mit seinen Nachbarn einen wahren und endgültigen Frieden zu schließen“, so sind dies Worte, die nicht nur in einem Buch stehen, sondern die gleichzeitig für die Verhandlungsweise des Botschafters bezeichnend sind. Hoffen wir, daß aus diesem Bekenntnis praktische Erfolge hervorgehen.

Ründigung des Berechnungsabkommens mit der Schweiz

Bern, 10. Juni. Der deutsche Gesandte in Bern hat am Mittwoch auftragsgemäß dem Schweizerischen Bundesrat eine Note des Inhalts überreicht, daß die kürzlich von der Schweiz ausgearbeiteten Vorschläge über eine Abänderung des deutsch-schweizerischen Berechnungsabkommens von Deutschland nicht als Grundlage für die Weiterführung der Verhandlungen angenommen werden könne. Die deutsche Regierung hat daher notariell das Berechnungsabkommen vom 17. April 1935 und das am gleichen Tage abgeschlossene Warenaustauschabkommen zum 30. Juni 1936 gekündigt. Sie hat sich jedoch bereit erklärt, auf der Grundlage ihrer Vorschläge in der Zwischenzeit die Verhandlungen über eine Regelung des deutsch-schweizerischen Zahlungsverkehrs wieder aufzunehmen.

Dr. Göbbels als Zeuge

im Baugrubenunglücks-Prozess

Berlin, 10. Juni. Im Baugrubenunglücks-Prozess hat das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft für Donnerstag vormittag 11 Uhr die Ladung von Reichsminister Dr. Göbbels, Ministerialrat Hanke, Standartenführer von Wedell und Major Kretschitz befohlen. Die Ladung erfolgt auf Grund der heutigen Zeugenaussagen des Arbeiters Sobotta, der erklärte, daß Dr. Göbbels mit seinen oben genannten Mitarbeitern nach dem Einsturz an der Unglücksstelle erschienen ist und zu einer Gruppe von Arbeitern u. a. äußerte, daß er vom Fenster seiner Wohnung aus häufig Schwankungen der verüberfahrenden Straßenbahnen an der Baustelle beobachtet habe.

Die Schweiz und Moskau

Bundesrat Motta gegen Wiederaufnahme der Beziehungen mit Moskau

Bern, 10. Juni. Im Schweizerischen Nationalrat begann die große Aussprache über die Wiederaufnahme der Beziehungen der Schweiz zu Sowjetrußland. Von kommunistischer, sozialdemokratischer und unabhängiger Seite (Duttweiler-Gruppe) liegen entsprechende Anträge vor. Fernet sprach sich in einem Beschluß der Geschäftsprüfungskommission, der in Montreux tagte, mit neun zu drei Stimmen für die Wiederaufnahme aus.

Die Reden der Antragsteller zu Begründung eröffnete der Direktionsreferent Graf (Freisinger). Er erklärte, daß besonders wirtschaftlich interessierte Kreise die Wiederaufnahme der Beziehungen anstrebten, da sie der Auffassung seien, daß eine Verbesserung der Handelsbeziehungen von der politischen Anerkennung Sowjetrußlands abhängig. Er persönlich sei gegen die Wiederaufnahme. Der sozialdemokratische Parteiführer Reinhard, ebenso der Ingenieur Stäubli (Unabhängiger) erklärten sich für die Wiederaufnahme, während der Abgeordnete Balkton in scharfer Form Ablehnung der Anträge verlangte.

Bundesrat Motta legte in längerer Rede die ablehnende Haltung des Bundesrates dar. Der Bundesrat, so erklärte er, hat nie verhindert, und verhindert nicht, daß Geschäftsleute mit Rußland regelmäßige Handelsbeziehungen unterhalten. Er wünscht die Entwicklung dieser Beziehungen, muß aber die Geschäftswelt vor Illusionen warnen. Er bekennt, daß die offizielle Anerkennung imstande wäre, das Wesen und die Bedeutung des gegenseitigen Handelsverkehrs in wirklich fühbarer Weise zu ändern. Der Anteil Rußlands am Weltaußenhandel ist verschwindend klein. Die Schweiz hatte im Jahre 1935 als kleines Land von 4,5 Millionen Einwohnern einen Außenhandel aufzuweisen, der bedeutender ist als derjenige der unermesslichen Rußlands mit einer Bevölkerung von 160 Millionen. Der russische Außenhandel ist übrigens in einem Schrumpfungszustand begriffen. Er belief sich im Jahre 1935 im ganzen nur auf 1630 Millionen Goldfranken während der schweizerische Außenhandel noch eine Ziffer aufweist, die 2 Milliarden überschreitet.

Belgien hat die Sowjetunion vergangenes Jahr anerkannt. Die Ergebnisse für den Handel waren enttäuschend. Ministerpräsident van Zeeland hat dies öffentlich erklärt. Holland hat gleich der Schweiz die Sowjetunion nicht anerkannt und hat nicht die Absicht, den Sowjetstaat anzuerkennen. Sei Handel mit Rußland überflüssig dennoch beträchtlich denjenigen Belgiens. Die Vereinigten Staaten haben den Sowjetstaat 1933 anerkannt. Diese Anerkennung war durch die Banken und die anderen Geschäftskreise befürwortet worden. Ihr Ziel wurde nicht erreicht.

Bundesrat Motta sprach dann davon, daß jeder Staat sich die Einrichtungen geben könne, die seinen Bedürfnissen entsprechen

daß es aber zu den schwersten staatlichen Mißbräuchen gehöre, wenn in die Außenpolitik die Parteileidenschaften hineingetragen würden. Von jeher habe sich deshalb der Bundesrat gegen die Bestrebungen der sozialistischen und kommunistischen Parteien gewandt, ihre Ideologien zur Basis der Außenpolitik zu machen. Er habe im Jahre 1934 gegen den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund gestimmt. Diese Haltung sei durch das Parlament und die große Mehrheit des Volkes gebilligt worden. Der moralische und politische Kredit der Schweiz sei durch diese Stellungnahme in der Welt noch gewachsen. Damit habe der Bundesrat aber keineswegs einen Akt der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Sowjetrußlands begangen. Die Haltung im Genf schließt auch nicht aus, daß die Schweiz eines Tages nach längerer oder kürzerer Frist sich doch noch zu einer offiziellen Anerkennung entschließen könnte, wenn die allgemeine internationale Lage und die ganzen Umstände sich zueinander geändert haben. Die kommunistische Propaganda stellt nun aber in unseren Augen ein moralisches Verbrechen dar, ein Verbrechen zwar, das unsere Gesetzgebung als solches noch nicht umschrieben und geahndet hat, aber dennoch ein Verbrechen. Die Sowjetregierung ist heute noch untrennbar von der Dritten Internationale.

Es besteht zwischen der Sowjetregierung und der kommunistischen Partei eine teilweise Identität der Personen und eine verwirrende Solidarität der Ideen und Interessen. Der Einfluß Moskaus ist überall am Werke. Die Dritte Internationale schwingt die Brandfackel im Westen lebhaft und feiert dort die Verbindung von Kommunismus und Anarchie.

Der Einfluß Moskaus arbeitet, wo er kann, an der Bildung von Volksfronten. Er bringt die französischen Kommunisten dazu, die Militärkredite anzunehmen, und die Schweizer Kommunisten, sie abzulehnen. Die kommunistische Taktik kennt alle Formen und alle Schattierungen. Sie sucht Revolutionen in Brasilien, in Argentinien, in Uruguay und in anderen Staaten Südamerikas zu entfachen.

Es ist nicht richtig, daß die Schweiz in ihrer dauernden Weigerung, Sowjetrußland offiziell anzuerkennen, allein dasteht. Holland, Portugal und Jugoslawien betreiben die gleiche Politik wie wir. Die 20 Republiken Süd- und Mittelamerikas handeln ebenso. Der Augenblick, unsere Politik abzuändern, wäre darum schlecht gewählt. Die politische Weltlage verbietet uns, zu dulden, daß unser Boden unter dem Deckmantel von Privilegien und diplomatischen Immunitäten zu einem internationalen Propagandazentrum wird. Unser Volk würde es nicht verstehen, wenn der Nationalrat taub bliebe für den Appell einer verantwortlichen und einigen Regierung und dazu käme, einer Geste das Wort zu sprechen, die heute dem denkbar unerwünschtesten Abenteuer den Weg ebnet müßte.

Dr. Gördeler über die Finanzierung

der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Berlin, 10. Juni. Der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Gördeler, hat am Mittwoch vor dem Internationalen Gemeindefinanzkongreß die Finanzierung der deutschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen behandelt und erklärte u. a.: Die Kosten wurden aus laufenden Einnahmen, durch Anleihen und durch kurzfristige Kredite bestritten. Ein Teil der Gelder endlich ist durch die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit aufgebracht worden. Für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind im Rahmen der Haushaltsmittel des Reiches 1135 Millionen RM bereitgestellt worden, die Ende 1934 fast reiflos vergeben waren. 140 Millionen sind durch die freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gedeckt. Die Reichsanstalt hat für die Finanzierung der werterhaltenden Arbeitslosenfürsorge in den Jahren 1933/35 fast 2 Milliarden ausgegeben, die dem Träger der Arbeit, das sind in der Regel die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, bewilligt wurden.

Bei der Ausdehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten die Mittel nicht mehr durch die Haushalte bereitgestellt werden. Die dazu notwendigen langfristigen Kredite waren auf dem Kapitalmarkt nur begrenzt zu beschaffen. Es sind daher neue Wege eingeschlagen. Zunächst der der Vorsfinanzierung, d. h. des Vorkaufes auf künftige Einnahmen, also eine Vorbelastung des künftigen Staatshaushalts. Die Vorsfinanzierung erfolgt kurzfristig durch Wechsel, wobei sich das Land zur Einlösung aus Haushaltsmitteln verbürgte. Die Vorbelastung beträgt für die Jahre 1933: 160, 1934: 741, 1935: 985, 1936: 919, 1937: 914, 1938: 909 Millionen RM.

Eine sehr wesentliche Belegung des Arbeitsmarktes bedeuten natürlich alle direkten Aufträge des Staates zur Erfüllung von Staatszwecken aller Art. Es ist in Deutschland nicht anders wie sonstwo in der Welt, daß selbstverständlich auch die Rüstung des Volkes erhebliche Teile der Wirtschaft beschäftigt. Auch bei an-

deren Vorkern fließen erhebliche Teile des Volkseinkommens in die Rüstungen.

Nach eingehender Darlegung der Art der Finanzierung und ihren Auswirkungen wandte sich Dr. Gördeler den von Professor Hilton aufgestellten Fragen zu. Deren wesentlichste war doch wohl die, ob es denn sinnvoll ist, erst durch das Steuerregime den einzelnen Menschen Mittel für ihre kleinere Arbeitsbeschaffung wegzunehmen und sie im Großen zu verwenden. Herr Professor Hilton hat vollkommen recht, dieses ist nicht sinnvoll, und es ist daher eine ländernde Ausgabe und gleichzeitige höchste Kunst jeder öffentlichen Verwaltung, ihre Anforderungen an die Wirtschaftskraft des Einzelnen so zu gestalten, daß auf beiden Seiten das Optimum an Wirkung herauskommt. Auch Kredite sind Schulden und müssen aus dem Einkommen oder dem Kapital des Volkes bezahlt werden. Stets aber ist die Privatwirtschaft in gewissen Zeiträumen in einen Zustand der Ueberfüllung oder Ermüdung eingetreten. Wir können das Konjunkturrückgang nennen. In diesem Zeitraum pflegen Spargelder zum Teil ungenutzt dazuliegen. In einem solchen Zeitraum ist es durchaus berechtigt, daß der Staat und die Gemeinden aus dem Kapitalmarkt Mittel übernehmen, um zweckvoll in der Zukunft nützliche Arbeiten auszuführen, nur ist es selbstverständlich, daß Staat und Gemeinden hierbei zwei Grenzen halten müssen. Die eine ist gegeben dadurch, daß dem Kapitalmarkt nicht das für die Privatwirtschaft notwendige Blut entzogen werden darf, die zweite ist gegeben durch die Rücksicht auf die Zukunft. Die hineingenommenen Mittel müssen zurückgezahlt werden.

Ich stimme mit Herrn Professor Hilton vollkommen darin überein, daß also, um jede Grenzüberschreitung zu verhüten, alles getan werden muß, um die natürlichen Kräfte des Menschen in Bewegung zu setzen. Das 19. Jahrhundert hat einen in der Geschichte seltenen Zeitraum des Friedens,



der Ordnung und der Entwicklung zur Wohlfahrt gebracht. Das lag daran, daß die politische Entwicklung in ungewöhnlicher Harmonie mit der technischen und wirtschaftlichen verlief. Die Friedensschlüsse des 19. Jahrhunderts erschienen von einer leichten Verantwortung für die Zukunft getragen. Ein gleiches kann man nun einmal von der Beendigung des Weltkrieges nicht sagen. Flugzeug und Schnellwagen, drahtlose Nachrichtenübermittlung und Fernsehen, die Erzeugnisse des 20. Jahrhunderts, erheben der wirtschaftlichen Ausnutzungsmöglichkeit, weil die Saat des Mißtrauens die unerlässlichen politischen Vorbereitungen für weiträumigen Verkehr nicht schaffen kann.

Dies Mißtrauen zu beseitigen, mußte die erste Aufgabe sein, und dies Mißtrauen mußte so lange lebendig sein, solange die Ehre des einzelnen Volkes nach verschiedenem Maße gemessen wurde. Wenn also das deutsche Volk dazu übergegangen ist, verjagte Ehren wiederherzustellen, so mögen in der ersten Aufwallung Mißstimmungen denkbar sein. Wer aber mit der großen Verantwortung, die die Zukunft erfordert, an eine ruhige Überlegung geht, der wird anerkennen müssen, daß die Beseitigung dieses Krankheitsherdes letzten Endes allen zugute kommen wird.

Wir stehen in der Welt vor großen Entscheidungen. Entweder wird auf der Grundlage sicherer Währungen und ihrer Abstimmung aufeinander und durch Verzicht auf einseitige Abänderung die unerlässliche Voraussetzung für eine Gesundung und Belebung des Güterausstausches in der Welt geschaffen, dann kann jedes Volk seine besten geistigen, körperlichen und sittlichen Eigenschaften ausnützen, und die allgemeine Gütererzeugung wird so billig wie möglich und die Befriedigung des Bedarfs auch so umfassend wie möglich sein, oder man will, oder kann die Großzügigkeit, die nun einmal zu einem solchen Entschluß gehört, nicht aufbringen. Dann bleibt auf die Dauer nichts anderes übrig, als die Arbeitsteilung, die sich im 19. Jahrhundert aus der Weltwirtschaft entwickelt hat, wieder zu beseitigen und zu einer minderarbeitsteiligen Wirtschaftsform in jedem einzelnen Volke in mehr oder weniger großem Umfange zurückzuführen. Daß eine solche Wirtschaft, die die Gaben der Natur vernachlässigt, für jedes Volk teurer ist und daher den Lebensstandard zu senken zwingt, ist eine mathematisch ausrechenbare Tatsache. Die Völker der Welt erleiden in der Arbeitslosigkeit die Folgen eigenen fehlerhaften Tuns. Da sie alle in gleicher Verdamnis sind, ist die Aussicht der gemeinsamen Umkehr noch nicht verzerrt. Es würde nur künstlich erscheinen, wenn aus dieser Kongreg von Gemeinden, die ja letzten Endes von den Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen immer zuerst betroffen werden, diese Erkenntnis vertieft würde, wenn er den Willen zur Zusammenarbeit fördern würde. Diese Zusammenarbeit muß die natürlichen Grundlagen eines lebendigen Leistungsaustausches wiederherstellen. Das deutsche Volk ist, wie der Führer und Reichkanzler wiederholt feierlich verkündete, aus innerster Ueberzeugung zu einer solchen Gemeinschaftsarbeit bereit.

Deutsches Jugendfest vom 20. bis 23. Juni

Rund 7 bis 8 Millionen Teilnehmer

Berlin, 10. Juni. Vor einigen Tagen haben der Reichsinnenminister, der Reichsportführer und der Reichsjugendführer zum deutschen Jugendfest angerufen, das vom 20. bis 23. Juni im ganzen Reich als Tag der Sonnenwende mit sportlichen Wettkämpfen und Sonnenwendfeiern begangen wird. An dem Fest wird sich die ganze deutsche Jugend beteiligen, soweit sie durch die Hitlerjugend und ihre Formationen und die Schulen erfasst wird. Im vergangenen Jahr hatte das Fest eine Gesamtbeteiligung von etwa 5 bis 6 Millionen Jugendlichen, in diesem Jahre wird damit gerechnet, daß diese Zahl auf 7 bis 8 Millionen kommt.

Zweck und Ziel der sportlichen Wettkämpfe ist, alljährlich eine große planmäßige Leistungsprüfung durchzuführen; sie gliedert sich in Einzelleistungsprüfungen, die in den Schulen vom 9. bis 18. Juni durchgeführt werden und in Mannschaftsmehrkämpfen, die für das Deutsche Jungvolk am 20. Juni (Tag des Deutschen Jungvolkes) und für die Hitlerjugend am 21. Juni (Tag der Hitlerjugend) stattfinden. Vorbereiter dieser großen Veranstaltungen sind die Reichsjugendwettkämpfe gewesen, die seinerzeit vom Reichsausschuß für Leibesübungen durchgeführt wurden. Während damals der Schwerpunkt für die sportlichen Wettkämpfe auf die Einzelleistungsprüfungen gelegt worden war (die auch heute noch in den Leistungsprüfungen durchgeführt werden), hat sich jetzt das Hauptgewicht auf die Mannschaften der Hitlerjugend verlagert mit dem Ziel, innerhalb der Mannschaftsmehrkämpfe die gesamte deutsche Jugend zu erfassen, also auch diejenigen Jugendlichen, die, da sie nicht besonders sportlich veranlagt sind, sonst nicht die Möglichkeit hätten, an sportlichen Kämpfen teilzunehmen.

Die siegenden Mannschaften in den Mehrkämpfen werden mit einer Ehrenurkunde mit der Unterschrift des Führers ausgezeichnet. Diese hohe Auszeichnung können also nur die Jungensschaften, Kameradschaften und Mädelschaften der Hitlerjugend erhalten. Den Einzelsiegern wird bei der Erreichung einer Punktzahl von 100 eine Plakette und Siegenadel überreicht. Es sind drei Wettkampfabteilungen vorgesehen: 60- bzw. 100-Meter-Lauf, Weitsprung, Schlagball bzw. Keulenweitwurf. Jede Wertung geht bis zu 100 Punkten. Um Sieger zu werden, müssen also in jeder Wettkampfabteilung mindestens 60 Punkte erzielt werden.

An der Sonnenwendfeier, die im Auftrage der Partei von der Hitlerjugend durchgeführt wird, nehmen alle Schulpflichtigen teil; sie bedeutet den Abschluß des deutschen Jugendfestes.

Schluß des Reichshandwerkertags 1936

Frankfurt, 10. Juni. Der Reichshandwerkertag 1936 erreichte am Mittwoch sein Ende. Auch der letzte Tag stand im Zeichen ernster Arbeit. Die Gaubetriebsgemeinschaftswalter der Reichsbetriebsgemeinschaft Handwerk waren zu einer Arbeitstagung versammelt, auf der der Reichshandwerkmeister P. Schmidt die Bilanz des diesjährigen Reichshandwerkertages zog.

Was die Arbeit in den einzelnen Gauen anlangt, so führte er aus, habe die Gaubetriebsgemeinschaft Sachfen im vergangenen Arbeitsjahr am besten abgeschnitten. Dem Gaubetriebsgemeinschaftswalter von Sachfen, Engler, werde daher in Anerkennung seiner Leistung der Ehrenting der

Die wirtschaftlichen Folgen des Streiks in Frankreich

Der französische Innenminister gegen Erhöhung der Lebensmittelpreise

Während die der Regierung nahestehenden Blätter mit Begeisterung die bisher erreichten „Siege der Arbeiterklasse“ hervorheben, versuchen die Blätter der Rechten nachzuweisen, daß die Lasten dem ausgegebenen Stichwort einer Entspannung nicht entsprechen. Mit einer gewissen Beunruhigung heben die Rechtenblätter hervor, daß am Dienstag zum erstenmal streikende Arbeiter über die Boulevards gezogen seien und die Passanten mit erhobener Faust begrüßt hätten. Allmählich beginnt man sich kritischer mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der neuen Abkommen zu befassen. Auf der Rechten wird einmütig die Auffassung vertreten, daß eine allgemeine Preiserhöhung und Lebensvertenerung unvermeidlich sei, während die Linke sich dagegen verwahrt, daß durch unbedingte Preisfestlegungen die Arbeiter um die Früchte des Kampfes gebracht werden sollen. Die Arbeitgeber scheinen jedoch nicht gewillt zu sein, die Kosten der unmittelbaren oder mittelbaren Lohnerhöhungen selbst zu tragen. So sehen sich die Kraftfahrer, die zunächst erfreut waren, am Montag wieder überhaupt Betriebsstoff zu bekommen, vor der unangenehmen Uebererraschung, daß die Preise für Benzin seit der vorigen Woche um etwa 6 bis 8 Prozent erhöht worden sind. Die Textilindustrie ist bereits mit der Forderung an den Staat herantretend, einen Ausgleich zu erhalten, um auszuhräftig zu bleiben. Zu dieser auch für die französische Ausgabe sehr wichtigen Frage nimmt das Wirtschaftsblatt „Journée industrielle“ Stellung. Unter Einrechnung der Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden bei gleichem Wochenlohn und unter Berücksichtigung des bezahlten Urlaubs werde die Lohnerhöhung im Durchschnitt nicht 12 Prozent betragen, wie in dem grundsätzlichen Abkommen vom Montag vorgesehen sei, sondern etwa 35 Prozent. Das Blatt hält es für unmöglich, daß die Erzeugung in ihrer Gesamtheit in der Lage sei, diese Neubelastung zu tragen. Wenn aber die Erzeugung diese Erhöhung nicht auf ihre Kunden abwälzen könnte, müßte sie die Kosten ihrer Betriebe schließen und die Arbeitslosigkeit werde zunehmen. Könnten die 35 Prozent aber den Preisen zugeschlagen werden, so trügen die Verbraucher die Kosten der Operation.

Wie zu erwarten war, werden nicht nur bei der Opposition, sondern auch auf dem rechten Flügel der Volkfront, bei den Radikalsocialisten, Bedenken gegen die Auswirkungen laut, die die einseitige Einführung der 40-Stunden-Woche in Frankreich nach sich ziehen würden. Mit einer Offenheit und Deutlichkeit, als ob ein Blatt der Opposition schriebe, erklärt die „Revue“ nahestehende „Le Nouvelles“: „Achtung vor der 40-Stunden-Woche!“ Ihre Durchführung werde für die Ausgaben der Armee eine Mehrbelastung von 850 Millionen Franc bedeuten, bei der Kriegsmarine noch mehr. Im Ganzen würde sich unter Einrechnung der sonstigen öffentlichen Betriebe, wie öffentliche Arbeiten und Postverwaltung, eine Mehrbelastung von 2,5 Milliarden Franc ergeben. Bei den Eisenbahnen würde die Durchführung der 40-Stunden-Woche eine Personalvermehrung erfordern, deren Kosten 1,5 Milliarden jährlich betragen würden, das wären für den Anfang also schon 4 Milliarden Franc. Könnte die Arbeitslosigkeit, die im übrigen der Gesamtheit nur eine Milliarde koste, durch diese Maßnahme beseitigt werden oder werde sie nicht vielleicht sogar noch ansteigen? Die französische Ausfuhrindustrie werde nämlich durch eine Erhöhung der Gestehungspreise gegenüber ihren Wettbewerbern auf dem Weltmarkt in eine sehr ungünstige Lage geraten. Die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit werde die Arbeitsvermehrung in anderen Industrien wieder ausgleichen. So würde also die Einführung der 40-Stunden-Woche, ohne die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, schwer auf den öffentlichen Finanzen lasten und eine Vertenerung der Lebens-

haltung herbeiführen. Welchen Gewinn aber habe die Arbeiterklasse davon? Die 40-Stunden-Woche bedeute daher ein geistliches Abenteuer, solange sie nicht von allen großen Erzeugerländern durchgeführt werde.

Die französischen Frontkämpfer mißbilligen das Vorgehen der Streikenden

Bedenken gegen die 40-Stundenwoche

Paris, 10. Juni. Im Namen des Vorstandes der im Nationalverband zusammengeschlossenen ehemaligen Frontkämpfer hat dessen Vorsitzender Jean Goy an den Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er die Befehle der Fabriken und Warenhäuser durch die Arbeiter als eine ausgesprochen revolutionäre Handlung mißbilligt. Das Streikverbot lasse sich nicht mit der Befreiung der individuellen Freiheit und des Eigentumsrechtes in Einklang bringen. Infolge seiner Zusammenfassung könne der Nationalverband der ehemaligen Frontkämpfer sehr wohl zum sozialen Thema das Wort ergreifen. Er habe bereits seit Jahren daran gearbeitet, das Kapital zu zwingen, an die Stelle des Gewinnbegriffes den Begriff der erfüllenden sozialen Aufgaben zu stellen, damit der Arbeiter die Möglichkeit zu einer würdigen Lebenshaltung habe. Auch für umfassende Konsumarbeiten sei der Verband eingetreten. Aber alle diese Reformen müßten auf geistlichem Wege und nicht unter dem Druck dunkler Kräfte durchgeführt werden.

Die Vorsitzenden der Pariser Handelskammern haben in einer Entschließung Vorbehalte bezüglich der Einführung der 40-Stundenwoche vorgebracht. An sich sei die 40-Stundenwoche eine zulässige Reform im Sinne des sozialen Fortschrittes, aber die Regierung übernehme eine schwere Verantwortung, wenn sie diese Reform plötzlich und ohne gleichzeitige Durchführung dieser Maßnahmen in anderen Ländern zur Anwendung bringen würde. Dies würde die französische Wirtschaft untragbar belasten.

Der Verband der französischen Landwirtschaftsgewerkschaften, der über 9000 Einzelverbände mit 1 Million bäuerlicher Familien umfaßt, bedauert die Vernachlässigung der bäuerlichen und dörflichen Belange und fordert die Wiederherstellung der Lebensbedingungen und der Kaufkraft des Nährstandes, der die Hälfte der Bevölkerung Frankreichs ausmacht.

Der französische Innenminister gegen die Erhöhung der Lebensmittelpreise

Paris, 11. Juni. Innenminister Salengro hat an die Präfekten ein Rundschreiben gerichtet, in dem er sie auffordert, sofort Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Preissteigerungen für Lebensmittel und alle anderen Gegenstände des täglichen Bedarfs zu ergreifen. Derartige Preissteigerungen, so heißt es in dem Rundschreiben, würden nur die Unruhe in der Bevölkerung erhöhen, was ein Umsichgreifen der Störung der öffentlichen Ordnung zur Folge haben könnte. Jede unberechtigte Preissteigerung solle durch die Gerichte verfolgt werden.

Streik bei einer großen französischen Kederei

Paris, 11. Juni. In Le Havre ist das technische Personal der großen französischen Kederei „Compagnie Transatlantique“ am Mittwochmittag in den Streik getreten. 1100 Arbeiter halten die Werftstätten der Kederei besetzt.

Wie am Mittwochabend verlautet, hat sich der Streik auch auf die Parfümfabriken und auf eine Reihe kleinerer Metallwerke ausgedehnt.

Stadt Frankfurt a. M. verliehen, der künftig jedes Jahr erneut verliehen werde.

Der stellv. Reichsbetriebsgemeinschaftsleiter Paul Walter erweiterte die Ausführungen des Reichshandwerkmeisters durch die Verkündung von Arbeitsmaßnahmen, denen in der nächsten Zeit besondere Beachtung zuteil werden müsse.

Keine Beschäftigung mehr ohne Arbeitsbuch

Berlin, 10. Juni. Nach einer solchen erlassenen Verordnung des Reichsarbeitsministers dürfen in folgenden Betriebsgruppen Arbeiter und Angestellte, für die ein Arbeitsbuch auszustellen ist, vom 1. Juli 1936 an nur beschäftigt werden, wenn sie im Besitze eines ordnungsmäßig ausgestellten Arbeitsbuches sind:

1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei.
2. Bergbau, Salinenwesen, Torfgäberei.
3. Textilindustrie.
4. Vernießelungsgewerbe.
5. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie.
6. Bekleidungsindustrie.
7. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung.
8. Reinigungsindustrie.
9. Gaststättenwesen.
10. Häusliche Dienste.

Wer entgegen den gesetzlichen Vorschriften einen Arbeiter oder Angestellten beschäftigt, oder sich als Arbeiter und Angestellter beschäftigt, macht sich strafbar.

Beurlaubung von Wehrpflichtigen für die Landwirtschaft

Berlin, 10. Juni. Das Oberkommando des Heeres gibt bekannt: Vielfach werden von Wehrpflichtigen, die ihre aktive Dienstpflicht erfüllen, oder von deren Angehörigen an die Dienststellen Anträge auf längere Beurlaubung zur Aufrechterhaltung des Betriebes oder der Landwirtschaft gestellt.

Solchen Anträgen kann im allgemeinen nicht stattgegeben werden, da die an und für sich kurze Ausbildungszeit zum Erreichen des Ausbildungszieles bei längerer Beurlaubung nicht mehr ausreicht.

Ausnahmsweise darf bei Vorliegen besonderer Gründe Urlaub erteilt werden, wenn

1. ein tatsächlich besonderer Notfall festgestellt und dies auch von der Orts- und Kreispolizeibehörde bestätigt wird,
2. während der Urlaubszeit bei der Truppe keine besonders wichtigen Ausbildungsarbeiten durchgeführt werden.

Wirklich Krieg im Osten?

Die Nachrichten, die in den letzten Tagen mit zunehmender Lautstärke aus dem Fernen Osten nach Europa drangen, haben sich jetzt allmählich zu Behauptungen verdichtet, die den Ausbruch eines japanisch-chinesischen Krieges unter Umständen noch in dieser Woche prophezeien. So sonnt und tatsächlich das alles klingen mag, so wird der nüchternen Beurteiler doch den Eindruck nicht los, daß hinter diesem ganzen Nachrichtensturm eine Fülle von unkontrollierbaren und zum Teil höchst tendenziösen Gerüchtemachern steck und daß von einer eindeutigen Klärung und Enthüllung der wirklichen Vorgänge in Ostasien noch nicht die Rede sein kann. Auch wenn die Kantongregierung tatsächlich bereits Mobilisierungsbefehle erteilt und Häfen in den Kriegszustand versetzt haben sollte, ja, auch wenn sie alles unternimmt, um den Norden zu einem Kriege gegen Japan fortzuführen, so sind die Gegenströmungen gegen eine solche Gewaltpolitik doch zweifellos sehr stark. Vor allem zeigt sich immer deutlicher, daß der Marschall Tschiangkaiching keinesfalls gewillt ist, dem Druck des Südens nachzugeben. Er will sich die wirklichen Entscheidungen in China nicht aus den Händen nehmen lassen, und er dogmatiziert deshalb alles, was nach einem einseitigen Vorgehen Südens und nach einer Politik vollzogener Tatsachen aussieht.

Es ist recht interessant, daß die in diesem Falle doch wohl unmittelbar unterrichteten Genfer Kreise auf einmal ganz ungewöhnlich den wirklichen Drahtzieher dieser ganzen Tragikomödie mit Namen nennen und daß sie für die Zuspaltung der Lage in China keinen anderen als Sowjetrußland verantwortlich machen. Danach ist die Politik des chinesischen Südens auf die Beförderung der Kremldiplomatie vor einem schwerwiegenden sowjetrußischen Konflikt mit Japan zurückzuführen, und den Kantonten wurde die Aufgabe zuteil, zunächst einmal durch kommunistische und zugleich nationalistiche Parolen das Feuer des Japanhasses in ganz China anzufachen. Die Vorteile einer solchen Zuspaltung gehen, von sowjetrußischen Gesichtspunkten aus betrachtet, in zweierlei Richtung: auch wenn es auf Kosten der überfüllten Chinesen gehen würde, so ließe sich dadurch Japan zunächst einmal militärisch festlegen. Es würde aber auch wirtschaftlich an seiner verwundbarsten Stelle getroffen. Man spekuliert in Moskau direkt darauf, eine spätere Kriegführung Japans durch vorzeitige Inanspruchnahme seiner wirtschaftlichen Hilfsmittel und Reserven zu minieren und womöglich auch soziale Erschütterungen in der japanischen Bevölkerung herbeizuführen. Glückt dies, dann läßt sich immer ein passender Augenblick abwarten, an dem auch die Sowjetunion

irreflektierten irgendeinen Fall gegen Japan konstatieren...

Alle diese Beispiele und Gesichtspunkte zeigen, wie sehr man international die Sowjetunion als den eigentlichen...

Die Lage in Süd-China völlig ungeklärt

Nanking, 10. Juni. Die Lage in Süd-China ist noch völlig ungeklärt. Es hat den Anschein, daß unter den Führern...

Die aus Süd-Hunan zurückgezogenen Regierungstruppen beziehen augenblicklich Stellung nördlich von Tchangsha...

In einem neuen Telegramm an den Südwestführer Chenchitang verlangt Marschall Tchangkaifai die sofortige...

Seitens der Kuomintangpartei und der Shanghaier Bürgerschaft sind telegraphische Aufforderungen an den...

Neue belgische Ausnahmeverordnung gegen die Heimattreuen

Brüssel, 10. Juni. Im Staatsanzeiger ist eine Kgl. Verordnung erschienen, die der Regierung die Möglichkeit gibt, den...

Die Verordnung ist vom Innenminister sowie der Bus de Warasse, der der Katholischen Union angehört, und dem Verteidigungsminister...

Angriffe gegen Roosevelt auf dem republikanischen Parteitag

Cleveland, 10. Juni. Unter großer Begeisterung der in der überfüllten Konventionshalle versammelten Delegierten des republikanischen Parteitages hielt Senator Steiwer aus Oregon...

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 11. Juni 1936.

Lustig ist's Soldatenleben...

Was das ein Leben gestern vormittag in unserem sonst so ruhigen Städtchen, als die Artillerie einrückte...

Wie manche Erinnerung wurde damit gestern wieder in den alten Soldaten geweckt und wie viel wurde da den Fahrern und Kanonieren erzählt von den Erlebnissen in den verschiedenen Quartieren...

Nachdem die Jugend hier alles beschäftigt hatte, machten sich die meisten auf den Weg nach Egenhausen, wo die Geschütze und ihre Bedienung untergebracht waren...

Abends jogten dann die Quartiergeber mit ihren Soldaten in den "Grünen Baum" und die "Traube" zum Wanderverball. In beiden Lokalen herrschte bald eine beängstigende Enge...

Heute Mittag von 12.30 Uhr ab wird das Trompeterkorps die hiesige Einwohnerschaft mit einem Standkonzert auf dem Marktplatz erfreuen.

Abends wird uns dann unsere Einquartierung wieder verlassen, um im Nachtmarsch ihr nächstes Ziel auf dem Wege in ihr Standortquartier zu erreichen.

Auch die in unserem Nachbarort Egenhausen untergebrachten Batterien werden dabei durch Altensteig marschieren und ist somit allen Gelegenheiten geboten, auch dieselben noch zu sehen.

Die diesjährigen ersten "Kraft durch Freude"-Urlauber und zwar aus der Gegend Koblenz-Trier treffen kommenden Samstagabend 8 Uhr hier in Altensteig ein. Es sind ca. 200-250 Personen, die für kurze Zeit unser Städtchen und seine reizende Umgebung kennen lernen wollen.

Luftschiffbesichtigung in Friedrichshafen. Wie uns vom Luftschiffbau Zeppelin geschrieben wird, kann das Luftschiff "Hindenburg" in Allmannsweiler-Friedrichshafen bis zum 16. Juni 1936, und Luftschiff "Graf Zeppelin" voraussichtlich vom 20. Juni bis 23. Juni 1936, vom 22. Juli bis 28. Juli 1936, und vom 26. August bis 6. September 1936 besichtigt werden.

Verlängerte Gültigkeit der Sonntagsfahrkarte nach Baden-Baden. Aus Anlaß der 72. Hauptversammlung des Schwarzwalddereins am 13., 14. und 15. Juni 1936 in Baden-Baden geben die Bahnhöfe der Reichsbahndirektionen Stuttgart und Karlsruhe Sonntagsrückfahrkarten (auch Blanko-Fahrkarten, wo keine gedruckten Sonntagsarten aufliegen) nach Baden-Baden aus mit der Geltungsdauer zur Hinfahrt vom Samstag, den 3. Juni, 0 Uhr, bis Sonntag, zur Rückfahrt vom Samstag, 3. Juni, 12 Uhr, bis Montag, 15. Juni, 24 Uhr, als spätesten Eintritt der Rückfahrt.

Calw, 10. Juni. (40 Jahre Schwarzwald-Wasserwerk.) Feuer sind es 40 Jahre, daß von fortwährend denkenden Männern der Plan einer Wasserwerk für die wasserarme Hochfläche des Waldes gefaßt wurde. Regiererrat Böllner, Oberleiter des Oberamts Calw, Altstadtschultheiß Müller in Reuland und Altstadtschultheiß Frey in Altschönbühl waren die Verdienste für sich in Anspruch nehmen, die Schwarzwald-Wasserwerk gegründet zu haben. Die großzügige Planung stammt von Oberbaurat v. Schman in Stuttgart. Im Jahre 1890 wurde von elf Gemeinden unter dem Namen "Gemeindeverband der Schwarzwaldwasserwerk" der Leitungsbau beschlossen. Der Bau wurde im Jahre 1897 in Angriff genommen und im Jahre 1898 fertiggestellt. 7 Kilometer oberhalb Wildbad, wo sich der Räderbach mit der großen Enz vereinigt, wurde im Jahre 1898 die gesamte Anlage in Betrieb genommen. Von hier aus wird das Wasser einer großen Quelle, die in einer Höhe von 510 Metern entspringt und ganz in der Nähe liegt, auf die Höhe gepumpt. Die Quelle liefert in der Sekunde durchschnittlich 20 Liter klaren Wasser. Auf der Hochfläche bei Hünenberg liegt der 1280 Kubikmeter Wasser fassende Hauptbehälter. Tag für Tag wird ihm etwa 1 Million Liter Wasser zugeführt. Das tauschende Wasser der Enz wird in einer 700 Millimeter weiten und 1000 Meter langen eisernen Röhrenleitung zur Pumpschleife geleitet und muß dort die mächtigen Turbinen, welche die Pumpen treiben, in Bewegung setzen. Der Hauptbehälter liegt so hoch, daß er alle Sammelbehälter von 30 bis 160 Kubikmeter Inhalt speisen kann. In drei Hauptströmungen, die sich wieder verzweigen, wird das Wasser 51 Ortschaften mit mehr als 10 000 Einwohnern zugeführt. Schon 1903 betrug die Rohrlänge der Leitungen 193 Kilometer, das ist die Strecke Ragold-Rürnberg, bei einem Kostenanwands von 1 287 000 Reichsmark. Der Kreis Calw stellt innerhalb der Versorgungsgruppe 25 Gemeinden, Ragold 18, Neuenbürg 9 und Freudenstadt eine. Wie wir erfahren, plant die Schwarzwaldwasserwerk im Jahre 1938, den Tag der 40jährigen Wiederkehr des Inbetriebnahme mit einer Jubiläumsfeier zu begehen.

Calw, 10. Juni. (Reichsbahn-Güterkraftverkehr.) Ueberlandverkehr Calw-Horb.) Am Montag, den 15. v. M., wird zwischen Calw und Horb ein Reichsbahn-Güterkraftverkehr in Betrieb genommen.

Neuenbürg, 10. Juni. (Faulbrut unter den Bienen.) In Loffenau ist die bössartige Faulbrut unter den Bienen aufgetreten. Von dem Kreisbienenfachverständigen, Oberlehrer a. D. Frey in Birkenfeld, der mit der Sanierung beauftragt wurde, mußten 35 Bienenstöcke mit 223 Bienenwässern untersucht werden. Von diesen 35 untersuchten Ständen wurden 9 verseuchte Stände festgestellt. Vor dem Inkrafttreten des Faulbrutgesetzes mußten die franken Völker abgeschwefelt und das Wabenwerk samt Kästen verbrannt werden. Heute wurden die franken Völker "umgekehrt". Durch dieses Umkehrverfahren werden die Bienen dem Besitzer und der Wirtschaft erhalten, außerdem erhält der Besitzer noch eine entsprechende Entschädigung für das verseuchte Wabenwerk, das an die Tiermelchfabrik in Kornwestheim abgeliefert wird. Kästen und andere Bienengeräte werden einer gründlichen Desinfizierung unterzogen und die franken Völker auf einen neuen Bau mit Kunstwaben gesetzt.

Bieselsberg, 10. Juni. Unser ältester Einwohner Schreinermeister Johannes Kusterer konnte dieser Tage sein 89. Lebensjahr vollenden. Der Altvetteran ist Kriegsteilnehmer von 1870/71 und nahm mit dem württ. Infanterieregiment 125 an zahlreichen Gefechten teil.

Langenbrand, 10. Juni. Oberforstmeister im Ruhestand Dr. Eberhard konnte am Dienstag sein 70. Lebensjahr vollenden. Ueber 30 Jahre lang wirkte Dr. Eberhard am hiesigen Forstamt, das Tausenden von Forstbeamten aus aller Herren Ländern zum wissenschaftlichen Wallfahrtsort geworden ist. Der Jubilar reitet noch täglich von seinem Ruheort Sonnenberg bei Forzheim in die Forsten der Umgebung.

Stein a. L. M., 11. Juni. (50 Schafe nachts erstickt.) In einer der letzten Nächte sind auf dem Heuberg, wo zur Zeit große Schafherden weiden, 50 Schafe erstickt, die die Nacht im Freien zubringen mußten, weil die Schutzstellen nicht ausreichten.

Eglingen, 10. Juni. (Sawatz verzieht.) Am Dienstag wollte ein Motorradfahrer mit Beiwagen einen Lastzug überholen und stieß dabei auf den Lastzug auf. Der verletzte Fahrer des Motorrads wurde mit dem Sanitätskraftwagen nach dem hiesigen Krankenhaus übergeführt, wo ihm ein Fuß abgenommen werden mußte.

Heilbronn, 10. Juni. (Schulheimschiff „Hans Schemm“.) Das Schulheimschiff „Hans Schemm“, das den Namen seines Schöpfers trägt, ist auf seiner Fahrt von Regensburg, Ingolstadt, Nürnberg, Würzburg, Mainz her kommend, in Heilbronn eingetroffen und nimmt von hier 57 Schüler in sechstägiger Fahrt bis zur Voreien mit, von wo sein Weg es weiter führt den Rhein hinab und durch die norddeutschen Häfen nach Berlin zu den Olympischen Spielen. Der Zweck dieses Schulheimschiffes, das dem NSWB gehört, ist, in solchen Etappenfahrten der deutschen Schuljugend ihre schöne Heimat näher zu bringen. Das 30 Meter lange und 4,4 Meter breite Schiff bietet für 200 Personen samt Gepäc Raum, jedoch die 57 Schüler genug Platz haben, um sich zu tummeln. Unter starker Beteiligung von Eltern, Mitschülern und sonstigen Zuschauern fuhr das Schulheimschiff mit 57 Heilbronner Knaben der 7. Klasse aller Schulaufstufen ab.

Wurzach, 10. Juni. (Neues Hans- und Flachs-werk.) Der seit Frühjahr 1936 ernstlich erwogene Plan der Gründung einer Genossenschaft zum Anbau und zur Aufarbeitung von Hans und Flachs ist nunmehr Wirklichkeit geworden. Am Sonntag beschloß eine von den Bürgermeistern und Ortsbauernführern der Nachbargemeinden und den verschiedenen Berufsgruppen der Stadt Wurzach und bejuchte Verjammung die Gründung eines Hans- und Flachs-werkes Wurzach auf genossenschaftlicher Grundlage. Der Anbau von Hans und Flachs, der früher im Kreis Leutkirch eine große Rolle gespielt hat, wird damit neuerdings einen neuen starken Auftrieb erhalten.

Kappel, O. A. Ravensburg, 10. Juni. (Junge Auserer erwirbt.) Am Dienstag früh wurden durch den Landjäger von Horgenzell in einem Gasthaus zwei übernachtende jüngere Burshen im Alter von 15 und 16 Jahren kontrolliert. Sie bejahen die Freiheit, dem Beamten solche Namen und Personalien anzugeben. Bei der näheren Untersuchung mußten die zwei jungen Wanderer ihre richtigen Personalien angeben und sich zugleich zu dem Gehändnis bequemen, daß sie Mitte Mai ds. Js. aus einer Erziehungsanstalt entwichen sind.

Halsenweiler, O. A. Ravensburg, 10. Juni. (Tödlich verunglückt.) Montag nachmittag war Bauer Josef Reis damit beschäftigt, den Heuboden vor der bevorstehenden Einbringung des Heues zu reinigen. Dabei scheint er ausgeglitten zu sein. Er fiel so unglücklich auf die Tenne herunter, daß der Tod auf der Stelle eingetreten ist.

Aus Baden

Forzheim, 10. Juni. Ein Straßerverfahren, das nach dem schweren Eisenbahnunglück am 17. Mai 1934 auf dem Forzheimer Bahnhof gegen den mitschuldigen Lokomotivführer Brand eingeleitet worden war und bereits zu einer Verurteilung durch die Große Strafkammer führte, durch das Reichsgericht aber wieder aufgehoben und zur erneuten Verhandlung an dieselbe zurückverwiesen worden war, wurde auf Grund des Straffreiheitsgesetzes vom 9. August 1934 eingestellt, da bei dem Angeklagten keine höhere Gefängnisstrafe als sechs Monate zu erwarten gewesen wäre.

Bühl, 10. Juni. (Vom Starkstrom getötet.) Der städt. Elektromeister Bernhard Greß war im Transformatorhaus beschäftigt. Dabei kam er auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise dem Starkstrom zu nahe und wurde auf der Stelle getötet.

Tiergarten i. Donautal, 10. Juni. (Von einem Steinblock erdrückt.) In einem in der Nähe gelegenen Marmorbruch ereignete sich gestern ein bedauerlicher Unglücksfall. Der 21 Jahre alte Johann Frey aus Hausen im Tal wurde von einem Steinblock, der beim Anziehen der Kette herausrutschte, gegen die Steinbruchwand gedrückt. Mit einem schweren Beckenbruch wurde der Bedauernswerte ins Sigmaringer Krankenhaus eingeliefert, wo er seinen Verletzungen erliegen ist.

Freiz ist immer hilfsbereit. Manch alte Frau hat er schon über die Straße geführt. Für andere ist er hinübergesprungen, um das Gewünschte zu besorgen. Am liebsten holt er Dr. Oetker-Ezeugnisse; denn die kennt er am „hellen Kopf“, und er weiß, daß sie gut sind. Richtung - aufwärts! Preisnachfrage!

SA.-Aufmarsch in Spaichingen

Sonnwendfeier der Standarte 119 auf dem Klippeneck

Einen großen Tag wird Spaichingen am Sonntag, 21. Juni, erleben. Mit klingen Spiel zieht an diesem Tag des Sommeranfangs die gesamte Standarte 119 in die Kreisstadt am Rande der schwäbischen Alb ein und wird mit den dortigen SA.-Männern und der Einwohnerchaft frohe Stunden in Kameradschaft und Verbundenheit verbringen. Bereits am Samstag nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr werden die Männer der Standarte in zwei Sonderzügen von Stuttgart über Oberndorf, Rotweil nach Spaichingen fahren. Sofort nach der Ankunft in Aldingen und Spaichingen erfolgt der Aufstieg nach dem etwa 950 Meter hohen Klippeneck. Weit reicht von dort der Blick über die Bant zum Schwarzwald und hinüber bis zu den Alpen. Auf einer weiten Wiese in dieser luftigen Höhe wird alsdann gezellet und fröhliches Bivvack bezogen. Inmitten des Lagers erstreckt der hohe Flaggmast. Zur feierlichen Flaggparade wird die ganze Standarte angetreten sein. Dann aber läßt ein stimmungsvoller Volksfestbetrieb die Kameraden mit all den aus den umliegenden Dörfern herbeigeströmten Anwohnern einen Abend voll Frohsinn und Laune verbringen. Zahlreiche Lampen werden die Bergwiese festlich beleuchten, Musik wird zu Tanz und Scherz begleitet und auch für den erquickenden Gerstenkaffee ist hinreichend Sorge getragen. Um eifrige Viechharmonikaspiele werden die Gruppen lagern und Kampf- und Heimatslieder werden in den Abend hinein klingen bis weit hinter ins Tal. Zur Mitternachtsstunde steht die Standarte im großen Biered um den Flaggmast angetreten. Deutsche Jugend feiert auf den Höhen der Heimat das Fest der Sommeranwendung. Das trügliche Lied „Der Gott, der Eisen wachsen ließ...“ leitet die Weibskunde ein. Und leitet dann die Strophen: „Die Knechtschaft hat ein Ende“, dann werden Brände in den mächtigen Hohlloch geworfen und ein gewaltiges Höhenfeuer wird weit hinaus ins Land die Kunde tragen, daß die Männer im braunen Ehrenkleid den Dorn der Einigkeit, das Glück einer Volksgemeinschaft zu schätzen und zu wahren wissen.

Sodann werden die Kameraden aus dem Munde ihres Standartenführers über den heiligen Brauch der Sonnwendfeier hören. Das Kampflied „Bolt aus Gewehr“ leitet über poetischen Reden eines Vertreters der Gauleitung. Die Helden der Nation und der Große Japfenstreich werden die erhebende nächtliche Feiert daben auf dem Klippeneck beschließen. Dann wird Lagerruhe eintreten, bis das Wecksignal in Morgenfrühe die Kameraden zum erfrischenden Frühstück ruft. Inzwischen wird in Feldküchen lieblich duftender Kaffee gebraut. Das Frühstück wird nach den stählenden Freiübungen in freier Luft nochmal so gut schmecken. Nach dem Abjelen marschieren die Standarte hinunter nach Denkingen. Dort stehen große Wasserbottiche zum Waschen bereit, da oben auf der Albböhe das reizende Roth eine letzte Angelegenheit ist.

Auf dem freien Platz vor dem Rathaus hört alsdann die Standarte um 10 Uhr die durch den Rundfunk übertragene Rede des Gruppenführers Ludin. Nach Schluß der Rede marschieren die SA.-Männer nach Spaichingen, machen einen Propagandamarsch durch die Straßen der Stadt, wobei der Standartenführer auf dem alten Marktplatz den Vorbeimarsch abnimmt. Ein Standartenzug um die Mittagsstunde sowie die durch Feldküchen vorgenommene Verpflegung auf freier Straße wird den Spaichingern viel Vergnügen und Freude bereiten.

Der Nachmittag ist dienstfrei, also Urlaubszeit und dient bis 5 Uhr den Kameraden zur beliebigen Verwendung. Dann wird die Standarte wieder in zwei Sonderzügen verladen. Um 6 Uhr schlägt die Abschiedsstunde vom gastlichen Spaichingen. Die Jüge rollen wieder der Landeshauptstadt zu. Im Westbahnhof wird ausgeschieden und wieder mit feierlichem Spiel wird die Standarte durch die Rotenwald, Rotbüchl, König- und Wolf-Hilfer-Straße zum Neuen Schloss marschieren, woselbst zum Abschluß dieses großen Tages der Standarte 119 der Brigadeführer der Brigade 55 den Vorbeimarsch der SA.-Männer abnehmen wird. Anschließend sind dann die Stämme entlassen. Ueber 2000 SA.-Kameraden freuen sich, wieder einmal für bald zwei Tage auf großer Fahrt sein zu dürfen.

Bestimmungen für die Aufnahmeprüfung für die evang. theologischen Seminare

Der Evang. Oberkirchenrat hat über die Aufnahmeprüfung für die Evang.-theol. Seminare (evang. Landexamen) einen Erlass herausgegeben, dem folgendes zu entnehmen ist: Prüfungsfächer für die Aufnahme in die Evang.-theol. Seminare (evang. Landexamen) sind vom Frühjahr 1937 ab: in der schriftlichen Prüfung: Religion, Deutscher Aufsatz, Uebersetzung aus dem Lateinischen, Uebersetzung ins Griechische, Mathematik; in der mündlichen Prüfung: Latein und Griechisch. Die Leistungen in Religion, Aufsatz, Uebersetzung aus dem Lateinischen und Uebersetzung ins Griechische werden einzeln bewertet, die Leistungen in Mathematik, in mündlicher Prüfung im Lateinischen und mündlicher Prüfung im Griechischen werden je einzeln gewertet. Die Handschrift zählt nicht, kann aber gewertet werden, wenn es sich bei sonst gleichem Ergebnis um Befriedigung des Platzes und Aufnahme in das Seminar handelt.

Altensteig-Stadt

Die Wohnung im ob. Schulhaus
ist auf 1. Juli zu vermieten.
Lebhaber wollen sich an die Stadtpflege wenden.

Altensteig, den 10. Juni 1936.

Danksagung.



Allen denen, die unserem lieben Vater

Karl Lutz
Bäckermeister

in seiner schweren Krankheit und bei seinem Hinscheiden so viel Liebe erwiesen und uns zu seiner letzten Ruhestätte begleitet haben, sagen recht herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Gerichtssaal

Jüdischer Viehhändler begehrt Rassenhande

Stuttgart, 10. Juni. Die Justizprokessstelle Stuttgart teilt mit: Durch Beschluß der Ersten Strafkammer des Landgerichts Heilbronn vom 6. Juni wurde gegen den 39 Jahre alten ledigen jüdischen Viehhändler Julius Hirschfeld von Talheim, Kreis Heilbronn, der sich zur Zeit in Untersuchungshaft befindet, das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens der Rassenhande im Sinne des Paragraph 5 Abs. 2 in Verbindung mit Paragraph 2 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 eröffnet und Termin zur Hauptverhandlung vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Heilbronn auf 15. Juli 1936, vormittags 9 Uhr, anberaumt. Hirschfeld war seit Jahren bei einem Better, einem jüdischen Viehhändler, in Talheim beschäftigt. In dessen Diensten bestand sich seit August 1935 die heute 21 Jahre alte M. A., die deutschen Blutes ist. Mit dieser hat Hirschfeld seit Februar 1934 wiederholt intimen Verkehr gepflogen und auch nach Inkrafttreten des Blutschutzgesetzes zugestandenemmaßen noch zweimal geschlechtlich verkehrt, obwohl er Kenntnis von dem Blutschutzgesetz und die A., die geistig beschränkt ist, ihn sogar auf das Blutschutzgesetz aufmerksam gemacht hatte.

Sittlichkeitsprozeß gegen die Franziskanerbrüder Bruder Alexander auf der Anklagebank

Koblenz, 10. Juni. Der Prozeß gegen die 276 Franziskanerbrüder nahm am Mittwoch seinen Fortgang. Auf der Anklagebank saß der 25 Jahre alte Hans Broß (Bruder Alexander). Er ist angeklagt, in mindestens 16 Fällen mit Ordensbrüdern und auch einmal mit einem Kranken in den Jahren 1928 bis 1934 in sehr großem Umfange widernatürliche Anzucht getrieben zu haben. Der Angeklagte will zunächst ein „Opfer“ des Franziskanerpaters Steinhoff (Leovigil) geworden sein. Er hat sich später in zahlreichen Fällen sehr erheblich sittlich vergangen und zwar in den Klöstern Waldbreitbach, Bingen, Kreuznach und Waldniel bei Rünchen-Gladbach. Der Angeklagte Broß ist in Württemberg geboren. In seiner Jugend hat er eine strenge Erziehung genossen. Nach seiner Schulentlassung trat er in das Kloster Waldbreitbach ein, wo er als Lehrling in der Bäckerei untergebracht wurde. Als Novize kam er zum erstenmal mit dem vor einigen Wochen verurteilten Pater Leovigil in Berührung. Broß erklärte, daß er von Leovigil verführt worden sei. Schon damals habe er sich bei dem Oberen des Klosters beschwert, der jedoch von seiner Beschwerde nichts wissen wollte und gelagt habe: „Sie brauchen sich ja nicht verführen zu lassen.“ — Dann habe Broß seinem Vater geschrieben, er möge nach Waldbreitbach kommen. Der Vater kam, ließ sich von seinem Sohn über die vorgefallenen Dinge unterrichten und sprach dann mit dem Oberen und dem Novizenmeister. Diese beiden beruhigten jedoch den Vater und hielten die Dinge als harmlos dar. Inzwischen kam Broß sittlich immer mehr auf die schiefe Bahn und ließ sich neben Pater Leovigil auch mit verschiedenen Ordensbrüdern ein. Schließlich bekam er Ekel vor diesen Dingen und wollte das Kloster verlassen. Er wurde daraufhin nach Oberbuchenau verlegt. Auch hier wurde der Wunsch, das Kloster zu verlassen, immer härter. Broß hat dann noch einmal seinem Vater alles geschildert, und darauf kam der Stein ins Rollen. Der Vater schrieb an den Bischof von Trier. Das bischöfliche Generalkonvikariat antwortete nach einiger Zeit, für diese Angelegenheit sei nur die Ordensgemeinschaft selber zuständig. Der Vater möge die Sache nach Waldbreitbach oder auch nach Rom melden. Als der Vater des Broß auf mehrere Briefe keine Antwort erhielt, schrieb er an den Bischof von Trier, der Bischof möge dafür Sorge tragen, daß in den Klöstern mit eisernem Veten ausgekehrt werde. Unglaublicherweise wurde aber nichts in dieser Sache unternommen. Broß wurde zu diesem Zeitpunkt aus dem Kloster entlassen und kam dann 1935 in den Arbeitsdienst, wo er sich bis zu seiner Verhaftung am 18. November 1935 gut führte.

Nach etwa halbstündiger Beratung verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor von Koolmijst, das Urteil gegen den Franziskanerbruder Hans Broß (genannt Bruder Alexander). Unter Freisprechung von der Anklage eines Verbrechens gegen Paragraph 174 Abs. 1 wurde der Angeklagte wegen fortgesetzter widernatürlicher Anzucht zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt. Sechs Monate der erlittene Untersuchungshaft werden auf die Strafe in Anrechnung gebracht.

In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß der Angeklagte Broß, als er in das Kloster eintrat, ein unschuldiger junger Mann gewesen sei, der von all den Dingen, mit denen man sich hier in dem Prozeß beschäftigte, noch nichts gewußt habe. Broß habe sich nach seinem Austritt aus der Franziskanerbruderschaft tadellos geführt, habe sich das Vertrauen seiner Vorgesetzten erworben. Andererseits aber habe die Strafkammer berücksichtigen müssen, daß er schwer gefehlt hatte.

Bekanntmachungen der NSDAP.

NJ., JV., BdM., JM.

Hitler-Jugend Gefolgschaft 17/126

Donnerstag, 11. 6., abends 8.30 Uhr Führertagung in Altensteig. Antreten am HJ-Heim.

Deutsches Jungvolk, Stamm Nagold

Das geplante Probelager fällt infolge der schlechten Witterung aus. Statt dessen tritt die gesamte Führerschaft des Stammes als einheitslich Jungenschaftsführer am Samstag, den 13. Juni, um 8.30 Uhr vor dem alten Postamt in Nagold an. Dienstbuch, Sportzeug, Vesper im Brotbeutel ist mitzubringen. Ende der Tagung gegen 16 Uhr. Die Fiktionsspielergruppe tritt mit Instrumenten ebenfalls zu obiger Zeit an. Ende ihres Dienstes gegen 11 Uhr.

Die Schriftlehrgänge beginnen um 8 Uhr in Nagold und Altensteig.

Die Abrechnung für das Stammbuch wird nunmehr endgültig auf den 13. Juni festgesetzt (bei der Führertagung).

Der Führer des Stammes.

BdM., Schar 1

Heute Schar-Heimabend (8 Uhr Marktplatz).

Schar.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Änderung der Waffenfarbe der Nachrichtentruppe. Das Oberkommando des Heeres hat angeordnet, daß die Nachrichtentruppe anstelle der bisherigen hellbraunen Waffenfarbe in Zukunft „Zitronengelb“ zu tragen hat. Die Änderung muß bei den Truppenteilen bis zum Herbst 1936 durchgeführt sein.

Wichtiges der britischen Mount Everest-Expedition. Bei einem neuerlichen Versuch des Vortrups der britischen Mount Everest-Expedition, das Lager 4 in 7300 Meter Höhe zu erreichen, sind die Bergsteiger beinahe von einer plötzlich hereinbrechenden Lamine in die Tiefe gerissen worden. Man nimmt an, daß die Expedition nach diesem neuen Fehlschlag den Rückzug antreten wird.

Sechs Tote beim Verfassungsfest in Pola. Wie erst jetzt bekannt wird, ereignete sich am vergangenen Sonntag bei dem Verfassungsfest in Pola (Italien) ein schweres Unglück. Nach Beendigung des Truppenaufmarsches fuhr ein Artillerietraktor, der einem Kind, das die Straße überquerte, ausweichen wollte, gegen einen anderen Traktor. Durch den heftigen Anprall stürzte der zweite Traktor in die Menschenmenge, die am Straßenrand der Parade bewohnte. Sechs Personen wurden getötet und 20 verletzt.

Kleinbahnzug bei Neapel entgleist. Am Mittwoch entgleiste bei Neapel aus bisher unbekannter Ursache ein Zug der Kleinbahn Neapel-Rofa. Rettungsmannschaften aus Neapel bargen bis jetzt sechs Tote und 40 Verwundete aus den Trümmern.

Von einem Farbigen erschossen. In Kaselarin, einem kleinen Eingeborenenort in der Nähe von Konstantin (Algerien) wurde im Bimal des 15. Regiments der Senegalesen plötzlich ein farbiger Soldat feindsinnig und erschoss zwei europäische Unteroffiziere. Darauf jagte er sich selbst eine Kugel in den Kopf.

Letzte Nachrichten

Furchtbares Verkehrsunfall auf der Chaussee Fürstenberg-Gransee — 3 Todesopfer

Fürstenberg (Mecklenburg), 10. Juni. Ein furchtbares Verkehrsunfall ereignete sich am Mittwochvormittag auf der Chaussee Fürstenberg-Gransee unweit der Ortshaus Drögen. Ein aus Richtung Berlin kommender, mit vier Insassen besetzter Personenkraftwagen der Berliner RSW, der sich auf der Fahrt nach Lüben befand, fuhr gegen einen Baum und wurde vollkommen zertrümmert. Von den vier Insassen blieb nur der Lenker unverletzt. Zwei Insassen waren auf der Stelle tot, während der dritte Insasse mit schweren Verletzungen in das Karolinenstift nach Neustrelitz geschafft wurde. Dort ist auch er bald darauf gestorben.

Das Wetter

Westliche bis nordwestliche Winde, unbeständig, stellenweise etwas aufheiternd, einzelne, zum Teil gemitterte Regenfälle, weiterhin mäßig kühl.

Bringe morgen von 9 Uhr an
Kirschen, Prestlinge und Gemüse
Zasper, Frau Rech.

Heilkräuterschriften

Pfarrer Künzle's Chrut u. Uchrut 80 Pfg.

Pfarrer Künzle's Blütenlese, I., II. u. III. Teil Nachtrag zu „Chrut u. Uchrut“ je 90 Pfg.

Pfarrer Künzle's Kräuteratlas zu „Chrut und Uchrut“ ord. I.—Mk.

Zu haben in der
Buchhandlung Lauk

Altensteig

Bei günstiger Witterung
Große Einzelbeleuchtung in Wildbad
am Samstag, den 13. Juni
Zahlreiche Omnibus-Sonderfahrten zur Einzelbeleuchtung

Eine gebrauchte, guterhalt.

Bettstelle

mit Bettrost billig zu verkaufen.

Von wem sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Eine junge
Rub- und Schwantub
sowie zwei schöne

Einstellrinder

verkauft
Friedrich Joos, Spielberg.

Meiner verehrten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich

meine Mühle neuzeitlich umgebaut habe

Es wird auch weiterhin mein Bestreben sein, meine Kunden in jeder Weise zur Zufriedenheit zu bedienen und bitte ich um Ihren geneigten Zuspruch.

Sundheimer zur „Kropfmühle“.

Zahltagstaschen

mit Firmenaufdruck und Vordruck der verschiedenen Steuer- und Versicherungs-Abzüge beziehen Sie billigt durch die

W. Kieferische Buchdruckerei, Altensteig